

Kinder von Opfern und Kinder von Tätern

Von Ulrich Sander

Peter Gingold berichtet in seinen Memoiren, wie es ihm und seiner Frau Ettie gelang, seine Tochter Alice in Frankreich bei Genossen zu verbergen, um sie, das jüdische Kind, vor der Deportation in den Tod zu bewahren. Alice lebt heute in Essen, und in Essen wird derjenige noch immer hoch geehrt, der Schuld an ihrem Tod gewesen wäre, hätte man sie entdeckt. Im Rahmen der Aktion „Verbrechen der Wirtschaft 1933–1945“ ist die Organisation, in der Alice Czyborra tätig ist, die VVN-BdA, gegen die merkwürdige Geschichtsvergessenheit zum Wohle eines NS-Täters vorgegangen. Es handelt sich um Ernst Achenbach. Und als seine Vergangenheit nun wieder ans Licht gezogen wurde, kam es zu einer denkwürdigen Konfrontation der Sicht der Täter und der Opfer.

Die VVN-BdA ist bestrebt, auch über die Rolle der Täter aus den ökonomischen Eliten der Nazizeit öffentlich Aufklärungsarbeit zu leisten. Zu den besonders nachhaltig wirkenden NS-Tätern gehörte der Nazi-Diplomat, Jurist und später führende FDP-Politiker Dr. Ernst Achenbach aus Essen. Er baute mit den SS-Tätern aus Himmlers Reichssicherheitshauptamt Dr. Werner Best und Prof. Franz Six nach 1945 in Essen einen Apparat zur Strafbefreiung von Mördern auf und hatte großen Einfluss sowohl vor als auch nach 1945.

Kürzlich hat sich der Rat der Stadt Essen mit Achenbach und der von der VVN-BdA geforderten Aufklärung über ihn befasst, – allerdings ablehnend. Der entsprechende Ausschuss des Rates scherte sich nicht um die Biografie der Gingoldtochter, war aber sehr der Familie des Täters Achenbach zu Diensten. Alice selbst hatte den Antrag im Ausschuss begründet, doch dieser achtete nur auf die schriftlichen Einlassungen des Hanno Achenbach, des Sohnes. Die VVN-BdA wurde als Antragsstellerin sogar aufgefordert, sich bei Achenbach junior zu entschuldigen.

Der Antrag, um den es ging, lautete:

„An den Rat der Stadt Essen (betr. Dr. Ernst Achenbach): Es wird beantragt: An der Geschäftsstelle der FDP in Essen wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass in der Nachkriegs-FDP in Essen Dr. Ernst Achenbach (1909 - 1991) eine bedeutende Rolle als Parteivorsitzender, als Bundestags- und Landtagsabgeordneter gespielt hat. Bei Ernst Achenbach handelte es sich um den Geschäftsführer der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ und Mitwirkenden an der Deportation französischer Juden in die Vernichtungslager der Nazis. In der FDP wirkte er dafür, dass in ihr führende Nazis mitwirken durften und dass die NS-Verbrecher straffrei blieben. Die Tafel soll auf die verhängnisvolle Rolle von Wirtschaftskreisen in der NS-Zeit hinweisen. Sie soll der Mahnung dienen, solche Verbrechen nie wieder zuzulas-

sen.“

Alice hatte nicht nur mit Dokumentationen von Beate und Serge Klarsfeld ausgezeichnete Belege für das Unwesen des Achenbach sr., sondern auch mit der Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ (Blessing-Verlag) der Kommission zur Geschichte des Auswärtigen Amtes und seiner Mitarbeiter während der NS- und in der Nachkriegszeit. Das Buch belegt die Darstellungen der Geschichtskommission der VVN-BdA. Die Mahntafel hat ein Vorbild, und die VVN-BdA ist bemüht, solche Tafeln auch andernorts anzubringen. Das Vorbild ist ein Schild der Stadt Köln, das seit 1996 vor dem Hause Stadtwaldgürtel 35 in den Boden eingelassen ist: „Hier, im Haus des Privatbankiers Kurt Freiherr von Schröder, trafen sich am 4. Januar 1933 Adolf Hitler und Franz von Papen, um über eine Regierungsbildung zwischen Nationalsozialisten und Rechtskonservativen zu beraten. In einem Gespräch wurden die Weichen für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 gestellt und die Voraussetzungen für die menschenverachtende Diktatur der Nationalsozialisten geschaffen. Kurt von Schröder unterstützte bereits vor 1933 die Ziele des Nationalsozialismus und organisierte nach 1933 finanzielle Leistungen der deutschen Wirtschaft an die SS.“

Das Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Essen teilte nach der Ausschusssitzung mit, dieser habe sich mit dem Antrag befasst, jedoch vor allem eine Stellungnahme der Familie Achenbach berücksichtigt; man habe sich einvernehmlich geeinigt, sich inhaltlich nicht weiter mit dem Anliegen der VVN-BdA zu befassen. Wegen „schwerwiegender Recherchefehler“ der VVN-BdA solle diese sich gegenüber der Familie Achenbach entschuldigen, regten zwei Ratsfrauen sogar an.

Achenbach jr. hatte auf einen anderen Herrn Achenbach verwiesen, der die Adolf-Hitler-Spende der Wirtschaft gemanagt habe – was andererseits gerade kürzlich wieder in der „Frankfurter Rundschau“ ganz anders dargestellt wurde, – vor allem aber könne Ernst Achenbach nicht an der Deportation französischer Juden mitgewirkt haben, wie in der Außenamtsstudie ausgewiesen ist. Denn dies hätte ja zu seiner Bestrafung geführt. Alice und ihre Kameraden sagten dazu: Das kann ja wohl nur als schlechter Scherz angesehen werden. Achenbach war zu Zeiten seiner politischen Tätigkeiten besonders mit der Amnestie von Kriegsverbrechern beschäftigt – mit beachtlichem Erfolg. Die Art der Amnestie, die Achenbach im Bundestag betrieb, stellte ja eher eine Strafbefreiung und Strafvereitelung dar, die Achenbach somit auch im eigenen Namen und zu eigenem Nutzen betrieb. Die VVN-BdA hatte ihre Recherchen nicht nur in dem Text für eine angeregte

Tafel zusammengefasst, sondern auch in ihrer Broschüre „Der Fall Achenbach – Fast 100 Prozent Kontinuität“. Hingewiesen wird auch auf: „60 Jahre Landtag in Nordrhein-Westfalen – Das vergessene braune Erbe“.

Bereits in seiner Dokumentation aus dem Jahre 1962 „die unbewältigte Gegenwart“ hat das Präsidium der VVN in Frankfurt am Main unter Bezugnahme auf die Illustrierte „Revue“ vom 26. November 1960 über Dr. Ernst Achenbach ausgeführt: „Er war während der Nazi-Zeit 1943 Gesandtschaftsrat bei der Deutschen Botschaft in Paris. Ihm wird vorgeworfen, an Judenverfolgungen beteiligt gewesen zu sein. Die Illustrierte „Revue“ veröffentlichte in diesem Zusammenhang ein Dokument, das in einer Ausstellung in Israel zu sehen war. Dabei handelt es sich um einen Brief der NS-Botschaft in Paris an den damaligen SS- und Polizeibefehlshaber der Stadt. Das Schreiben enthält die Anweisung des Auswärtigen Amtes, die „vorgesehenen Judenmaßnahmen“ im besetzten Frankreich trotz gewisser Widerstände des italienischen Verbündeten vorzunehmen. Es ist von Achenbach unterzeichnet. – Der so Bloßgestellte stellte sofort Strafantrag gegen die Illustrierte, worauf die Ausgabe beschlagnahmt wurde. Diese Beschlagnahme wurde nach einer Beschwerde des Verlages aber vom Landgericht München wieder aufgehoben. Damit wurde bestätigt, dass die Anschuldigung zu Recht besteht. Achenbach ist seit 1957 Bundestagsabgeordneter der FDP.“

Man könnte die Reihe der Zitate und Belege zum Fall Ernst Achenbach noch lange fortsetzen, so auch mit einer Darstellung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung zu Achenbach: „9. 4. – Liberale Stichtage: Vor 100 Jahren wird Ernst Achenbach geboren“ Und dann folgen die exakten Angaben, die auch die Linke und die VVN-BdA machten. „Das Amt“ weist aus: „In Paris war Achenbach mitverantwortlich für Juden-deportationen. Nach dem Krieg Eintritt in die FDP. Zuständig für die Besorgung von Spenden der Deutschen Industrie. Von 1957 bis 1976 FDP-Bundestagsabgeordneter. Von 1964-1977 auch Europaparlamentarier. Er verhinderte immer wieder erfolgreich die Verfolgung von NS-Verbrechern. 1991 starb er in Essen.“ (zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 28. 10. 2010)

Nun ist der Rat der Stadt Essen wieder am Zuge. Seine blamable Vorstellung dürfte er wohl nach diesen Belegen nicht wiederholen wollen. Wie wäre es mit einer Entschuldigung bei Peter Gingolds Tochter Alice?

(redaktionell gekürzt)